

Kemberger Zeitung

normals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: "Landmanns Sonntagblatt" und "Allgemeines Unterhaltungsblatt". / Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M. durch Briefen ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M. durch die Post 1,45 M. — Am Falle höherer Gewalt Betriebsführung Streich ulw. erfolgt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Hauptzeile Perzeile oder deren Raum 15 Pfg., die Spaltenzeile 40 Pfg., Ausnahmestellen 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederbezahlung unbedingt gesichert oder durch Fernsprecher aufgeborener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M. das laufende, zusätzlich Postgebühr. / Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 71

Donnerstag, den 18. Juni 1931

33. Jahrg.

Zuchtbullen-Verkauf.

Donnerstag, den 18. Juni, um 20¹/₂ Uhr, soll im Ratshaus ein etwa 15 Ztr. schwerer Zuchtbulle meistbietend verkauft werden.

Vorherige Besichtigung bei Herrn Landwirt Louis Albrecht (Wittenberger Neumarkt 15a) ist gestattet.

Kemberg, den 17. Juni 1931.

Der Magistrat.

Schicksalstage.

Die teuerste Krise.

Die Notverordnung vom 5. Juni enthält eine Reihe von schweren Fehlern und von großen Härten. Die Fehler werden noch nicht überall erkannt. Auch innerhalb der Reichsregierung ist man sich anscheinend darüber noch nicht einig. Die Härten aber erkennt man nach innen und nach außen, und das, was die Reichsregierung dafür vordringen kann, ist leider nicht allzuviel.

Es kam darauf an, durch die Notverordnung einen finanziellen Effekt zu erzielen, der den Arbeitslosen Hilfe brachte und den Haushalt zum Ausgleich. Es kam weiter darauf an, sich vom finanziellen Druck in einer Weise zu befreien, daß der Weg frei würde für Entscheidungen in der Reparationspolitik. Was man auch immer gegen die Notverordnung sagen kann — und man kann sehr viel dagegen sagen — diesen Grundgedanken der Notverordnung, den wird und muß man gelten lassen.

Reicht zu überlegen, ob die Regierung es dabei tatsächlich verdient hat, sich in jedem Augenblick die Beweiskraft zu sichern, die auch eine Regierung braucht, wenn das Parlament oder die Parteien, die die Regierung stützen, angesichts der Notlage auf parlamentarische Behandlung verzichtet haben.

Es ist verhandelt worden über die Einberufung des Parlaments, des Reichstagesplenums oder des Haushaltsausschusses, und es ist weiter verhandelt worden über gewisse Veränderungen der Notverordnung. Solche Veränderungen sind notwendig, und sie sind auch möglich. Das hat wohl auch der Reichstagsrat eingesehen, als er erklärte, daß er zu gewissen Veränderungen bereit sei.

Der Reichstagsrat und mit ihm das Reichskabinett haben weiterhin einstimmig beschlossen, die Gesamtdemission zu geben für den Fall, daß die Reichstagsregierung über die Einberufung des Haushaltsausschusses verlangt würde. Dieser Entschluß hängt im wesentlichen mit unserer kreditpolitischen Situation zusammen, denn es läßt sich nicht überlegen, welche Folgen entstehen, wenn jetzt die Notverordnung Gegenstand parlamentarischer Behandlung wird.

In den Verhandlungen, die in der Reichstagsrat stattgefunden haben, hat der Reichstagspräsident Guther als Bild der Devisenlage gegeben. Die Lage ist zweifellos sehr ernst, das weiß auch der, der diesen Verhandlungen nicht beigewohnt hat. Die Devisenlage ist sehr groß gewesen, die Folge war die Disinflation, und jetzt kommt alles darauf an, diesen Devisenstrom zum Stillstand zu bringen. Es ist zu hoffen, daß das gelingen wird, wenn, wie gesagt, nicht übertriebene Ansprüche gestellt werden, die die kreditpolitische Lage und die politische Lage des Reiches überhaupt in Verwirrung bringen. Der Reichsfinanzminister braucht für den Juni-Umlauf einen Ueberbrückungskredit. Dieser Kredit wird in Ordnung gehen, wenn die Beruhigung auf dem Geldmarkt eintritt und anhält.

Ein Wort muß aber in diesem Zusammenhang das gesagt werden: die deutsche Währung ist absolut sicher und wird — komme was da kommen mag — gehalten und gehalten werden müssen. Der Zwang, die Währung zu halten, kann natürlich gewisse Kredit-Restriktionen zur Folge haben und solche Kredit-Restriktionen werden hiererlei wieder, darüber muß man sich ganz klar sein, nicht ohne Folgen bleiben für die Arbeitslosigkeit. Schwierigkeiten an allen Enden und Ecken!

Diese Junitage haben eine schnelle und schwere Krise gebracht. Jetzt gilt es, nicht die Nerven zu verlieren, Ruhe zu bewahren und unabhängig von Prell- und Schicksalspunkten und kleinen, längst überholten parteipolitischen Aufstellungen allein die Entscheidungen zu treffen, die staatspolitisch notwendig sind. Diese Krise hat uns Geld genug gekostet. Sie ist die teuerste Krise gewesen, die wir je gehabt haben. Alle haben zu tun, um den Scherbenberg wegzuräumen und den Weg frei zu machen zu neuer, aufbauender Arbeit.

Reichstageseinberufung abgelehnt.

Entscheidung betr. Haushaltsausschuß verlag.

Berlin, 17. Juni

In der Sitzung des Reichstagsrats des Reichstages ist wider Erwarten schnell die Entscheidung über die Einberufung des Reichstages gefallen. In der Abstimmung stellte Präsident Goebbels fest, daß sich nur die Nationalsozialisten mit 107, die Reichsfraktion mit 41, die Kommunisten mit 77, die Wirtschaftspartei mit 22 und die Landvolkspartei mit 18 Stimmen für die Einberufung aussprachen.

haben, das sind zusammen 265 Stimmen, während zur Einberufung des Reichstages 289 Stimmen erforderlich gewesen wären. Alle anderen Parteien haben sich gegen die Einberufung ausgesprochen, so auch die Deutsche Volkspartei.

Die Entscheidung über die Einberufung des Haushaltsausschusses fiel am Nachmittag um 18 Uhr. Die Deutschnationalen gaben dazu die Erklärung ab, daß sie an solchen Verhandlungen im Haushaltsausschuß kein Interesse hätten. Der Vertreter der Wirtschaftspartei vertrat die Auffassung, daß man im Haushaltsausschuß das von der Wirtschaftspartei als vorrangig bezeichnete Ziel einer unergiebigen Aufstellung der Reparationsfrage noch nicht erreichen könne und daß deshalb keine Fraktion auf die Einberufung des Ausschusses keinen Wert lege.

Im Auftrage der Reichsregierung hatte Staatssekretär Pänder einen Appell an die Parteien gerichtet und erklärt, daß die Reichsregierung jede Einberufung des Reichstages wie auch des Haushaltsausschusses mit ihrem sofortigen Rücktritt beantworten würde.

Die Deutsche Volkspartei veröffentlichte zur Erläuterung ihrer Abstimmung gegen die Einberufung des Reichstages eine längere Erklärung, in der sie sich hauptsächlich darauf bezieht, daß auf Grund ihrer letzten Beziehungen zwischen dem Reichstagsrat und dem Reichstagspräsidenten Dinge eingeleitet worden sind, die in der nächsten Zeit auf „tribunpolitischen“ und innenpolitischen Gebieten von der Reichsregierung zu ergreifenden Maßnahmen stattfinden haben, die zu einem vollen Einbruch führen. Sie gibt der Hoffnung Ausdruck, daß durch die weitere Stillnahme eines Vorbeschlusses vom Reichstagsrat der Reichsregierung für eine abschließende Durchführung dieser Maßnahmen geboten sei.

Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, befindet sich unter den sachlichen Zuhörern, die die Deutsche Volkspartei von der Regierung erhalten zu haben glaubt, u. a. die einer Forderung des Sozialismus zugunsten der Unternehmlichkeit.

Keine Einberufung des Haushaltsausschusses

Die Sozialdemokratische Fraktionssitzung war gegen 5¹/₂ Uhr für kurze Zeit unterbrochen worden, um noch einige Rückfragen bei der Regierung vorzunehmen. Nach Besprechungen, die zwischen dem Reichstagsrat und den sozialdemokratischen Führern stattfanden, ist mit einer Einberufung des Haushaltsausschusses durch den Reichstagsrat nicht mehr zu rechnen.

Die Rechte für Einberufung.

Beschlüsse der deutschnationalen Parteikonferenz.

Die deutschnationalen Fraktionen des Reichstags und Landtags und die Vorläufer des Landesverbände der Deutschnationalen Volkspartei traten am Montag zu einer Besprechung der politischen Lage zusammen.

Das Ergebnis der Besprechung fand seinen Niederschlag in einer Entschließung, in der die Einberufung des Reichstags und die Aufhebung der beiden Notverordnungen vom 28. März und vom 5. Juni 1931 gefordert wird.

Weiter heißt es in der Entschließung: Der vom Reichsfinanzminister angeordnete Plan des Kabinetts, von dem Mittel des Youngplanotatoriums Gebrauch zu machen, wäre der verkürzte Weg zur Lösung der alles überragenden Tributfrage. Das wahrscheinliche Ergebnis wäre eine neue auswärtige Anleihe und damit eine neue Fessel und neues Gift für unsere Wirtschaft. Der Ernst des deutschen Willens nur dann zum Bewußtsein gebracht werden, wenn die am Youngplan Schuldigen o. r der Anagnirnahme der Revisionspolitik von der Verantwortung ausgeschaltet seien und der Einfluß des Marxismus im Reich und in Preußen gebrochen sei. Eine einfache Ausweitung von Persönlichkeiten könne nicht als Kurswechsel angesehen werden. Nur der Rücktritt der jetzigen Reichsregierung, Neuwahl in Preußen und die Übernahme der Verantwortung durch die Rechte können Deutschland retten.

Die Wünsche der Gewerkschaften.

Bei der dreitägigen Aussprache zwischen Reichsregierung und Gewerkschaften wiesen die Gewerkschaftsvertreter auf die sozialen Ungerechtigkeiten der Notverordnung und auf die ungedeigte Lebensverteilung bei der Krisensteuer hin. Sie wandten sich ferner gegen die untragbaren Nachteile, die den an sich schwer leidenden Erwerbslosen erwachsen, nicht zuletzt auch den Jugendlichen, die bis zum 21. Lebensjahr überhaupt nicht von ihren Rechten aus der Versicherung Gebrauch machen dürfen.

Reichstagsrat Dr. Brüning

erkannte die schwere Belastung der Arbeitnehmer an, hob aber hervor, daß der Erlaß der Notverordnung wichtigen Staatsnotwendigkeiten entspreche. Die Notverordnung müsse am 1. Juli unbedingt in Kraft treten. Er sei aber zu Unterhandlungen bereit und hoffe, bis zum Wiederauftritt des Reichstags am 13. Oktober zu einer Verständigung bzw. zu einem Gesamtkompromiß zu kommen.

Der Bericht der Sozialdemokraten.

Milderung der Notverordnung.

Den Antrag auf Einberufung des Haushaltsausschusses zur Beratung über die Notverordnung haben die Sozialdemokraten nicht eingedrückt, nachdem sie vom Reichstagsrat die Zusage erhalten hatten, daß sich im Auftrage der Reichsregierung und die Parteien zu gemeinsamer Verhandlung einfinden werden, um die Härten der Notverordnung zu mildern. Schon jetzt wird die Regierung durch die Ausführungsbestimmungen eine Milderung herbeiführen. Es wird ein Weg gesucht, den jugendlichen Erwerbslosen — um diese handelt es sich besonders — im Falle der Bedürftigkeit zu helfen.

Angenommen wird die Reichsregierung die Vorbereitungen für die Aufhebung der Reparationsfrage treffen, und schon Ende nächsten Monats wird klar sein, den Schritt der Reichsregierung in dieser Richtung herrschen.

Polen und Stahlhelm.

Die deutsche Annotiznote überreicht.

Berlin, 16. Juni.

Die deutsche Annotiznote auf die polnische Behörde wegen der Stahlhelmlagerung in Breslau ist der polnischen Gesandtschaft in Berlin überreicht worden.

Sie weist darauf hin, daß der Stahlhelm eine private Vereinigung ehemaliger Frontkämpfer ist, die keinerlei amtlichen Charakter trage. Die deutsche Regierung sei dabei der Ansicht, daß keine fremde Regierung berechtigt sei, die Reichsregierung aufzufordern, ihren Einfluß in dem gewöhnlichen Sinne geltend zu machen. In diesem Zusammenhang wird übrigens von zuständigen Stellen ausdrücklich auch auf die der einiger Zeit stattgefundenen dritte Kundgebung des „Vollständigenverbandes im unmittelbaren Nähe der deutschen Grenze hingewiesen. Es wird betont, daß solche Veranstaltungen nur geeignet sein könnten, die Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu fördern.

Regierungskrise in Odenburg.

Militärkonsortium gegen die odenburger Regierung.

Odenburg, 17. Juni.

Der von den Nationalsozialisten gegen das Kabinett Csebbach eingedragte Militärantrag wurde am Dienstag mit Landtag mit 24 gegen 4 Stimmen bei 20 Enthaltungen angenommen. Dafür stimmten neben den Antragstellern die Deutschnationale Volkspartei und die Kommunisten, dagegen die Staatspartei, die Deutsche Volkspartei und die Landvolkspartei. Der Stimme enthielten sich Zentrum und Sozialdemokratie.

Der Ministerpräsident erklärte, die Regierung trete zurück und erarte, daß der Landtag sich eine beschleunigte Neubildung des Kabinetts anlegen sei. Es ist anzunehmen, daß die Reichsparteien verladen werden, eine Neu- bzw. Umbildung des Kabinetts herbeizuführen. Ob sich dabei eine Erweiterung nach rechts ergeben wird, ist noch sehr fraglich, da die SPD, das Zentrum und die Kommunisten sowie die Staatspartei über insgesamt 24 Stimmen von 48 verfügen.

... auch in Oesterreich.

Rücktritt des österreichischen Innenministers.

Wien, 17. Juni

Der Vertreter des österreichischen Bundeslandes in der Regierung, Innenminister Winkler, hat seinen Rücktritt erklärt. Der Rücktritt wird damit begründet, daß seine Partei nicht die Verantwortung dafür übernehmen könne, daß die Regierung weitere Schritte für die Kreditlast eingeleite, wozu die nächste 80 Millionen Dollar betragen müßte. Im Zusammenhang damit erwartet man noch im Laufe des Tages auch den Rücktritt der Gesamtregierung.

Wie verlautet, ist die Sozialpolitik, die die Ursache für den Rücktritt des Ministers gewesen ist, von der Regierung bereits in der Nacht zum Dienstag unterzeichnet worden. Die neuübernommene Haftverpflichtung soll sich nach anderen Mitteilungen auf 500 Millionen österreichische Schilling belaufen. Winkler hatte im Ministerrat gegen die Übernahmehaft der Haftung Einspruch erhoben. Es ist jedoch durch die Regierung des Gesetzes die formale Minderheit gegeben, die Haftung zu übernehmen, da zur Übernahmehaft von Haftungen der Finanzminister allein ermächtigt wurde.

Unter Vorsitz des Bundeskanzlers Dr. Enber hat der Ministerrat nach kurzer Beratung den Rücktritt der Regierung beschlossen.

Ein Geschenk des Reichspräsidenten.

Das Denmal des ungarischen Hindenburg-Regiments.

Budapest, 17. Juni

In Stuhlweissenburg fand die Entfaltung eines Denkmals statt, das den gefallenen Helden des ehemaligen 1. u. 1. Infanterie-Regiments Nr. 68 vom Generalfeldmarschall von Hindenburg gewidmet wurde. Der Feier wohnte ein nach Tausenden zählendes Publikum bei, darunter Vertreter

des Reichsverwehrs und des Ministerpräsidenten Graf Helffen.

Hindenburg war durch den Budaer Pfarrer Deuschland begriffen. In seiner Begleitung befand sich der Reichsminister Dr. Schumpeter. Die Festrede hielt Erzherzog Josef. Geländer von Schenke hatte für die Jubilation und erinnerte an die im Kriege geschriebenen und auch in der Zeit der unglücklichen Friedensverträge fortgesetzten deutsch-ungarischen Schicksalsgemeinschaft. Er teilte mit, daß beiden Völkern zwei hervorragende Führer in der Person des Reichspräsidenten von Hindenburg und des Reichsverwehrs Nikolaus von Spornitz erlitten sind. Die Feier gab Anlaß zu lebhaften Befundungen der deutsch-ungarischen Freundschaft.

England und die Tributfrage.

Für Kürzung der deutschen Wehrausgaben?
London, 17. Juni.

Obwohl der englische Außenminister Henderson unmittelbar nach dem Besuch von Chequers dem französischen und italienischen Botschafter eingehend über die Tendenz und den Inhalt der deutsch-englischen Besprechungen unterrichtet. So ist doch anscheinend der Meinungsaustrausch zwischen den Ministern bisher in London noch nicht weiter fortgeschritten worden.

In den Regierungskreisen vertritt man die Auffassung, daß der ganzen Lage nach die Initiative von Deutschland aus müsse, wenn die deutsche Regierung wirklich nach eingehender Prüfung der finanziellen Lage zu dem Entschluß gekommen sei, daß sie die Tributzahlungen nicht fortsetzen könne.

Nach englischer Auffassung bedürfen die Ausgaben Deutschlands einer genaueren Nachprüfung daraufhin, ob sich nicht doch noch wesentliche Einsparungen erzielen lassen. Dies gilt nicht nur für Ausgaben, die bei der heutigen Notlage der Finanzen nicht unbedingt in das Zuständigkeitsgebiet des Staates fallen, sondern auch auf die Militärausgaben. Es wird hierbei anerkannt, daß das im Berliner Vertrag Deutschland auferlegte Rüstungsgebot unumkehrbar ist.

Das bedeutet, daß England unter Umständen ein Verständnis dafür zeigen würde, daß das strenge System der zwölfjährigen Dienstzeit für alle niederen Dienstgrade in der Armee und Marine eine Abänderung erfährt und die Einstellung von vier- bis sechsjährig Freiwilligen zugelassen wird, vorausgesetzt, daß hierdurch wirklich eine Ergänzung erzielt wird und daß die im Berliner Vertrag festgelegte Gesamtdauer nicht überschritten wird. Hinsichtlich der Marine zielen die englischen Überlegungen darauf hin, die deutschen Stellen zu einer Hinausschiebung des Ersatzprogramms für die gänzlich veralteten Einheitschiffe zu bewegen und die weitere Entwicklung von der Abrüstungsinterferenz abhängig zu machen.

Unzweifelhaft sieht die englische Vertriebsdiplomatie der Aufzählung der Reparationsfrage wegen der damit verbundenen politischen Folgen mit erheblicher Besorgnis entgegen, wobei der ungeliebte Sanktionsparagraf im Youngplan, der getrennte Sanktionsmaßnahmen der einzelnen Gläubigerstaaten gestattet, eine gewisse ungeliebte Rolle spielt. Auch der amerikanische Vorschlag, die Schuldfrage mit dem Abrüstungsproblem zu verquiden, sieht London mit erheblicher Skepsis gegenüber, da hierdurch eine Neuregelung der Garantiefrage für Frankreich fast unvermeidlich wird.

Transfer- und Zahlungsausschub.

Angeichts der Erörterungen über die Möglichkeiten und Notwendigkeiten eines Transfer- und Zahlungsausschubs ist es notwendig, sich zur Beurteilung der Situation die Bestimmungen von Haag aus dem Januar 1910 ins Gedächtnis zurückzurufen.

In dem Abkommen über die endgültige Annahme des Sadowerträgeplans heißt es im Artikel 8:

Um das gute Funktionieren des neuen Planes zu erleichtern, legt die Deutsche Regierung Wert darauf, von sich aus zu erklären, daß sie seit dem 1. Juli 1910 auf jede mögliche Weise sich zu bemühen, die Erfüllung eines Moratoriums zu vermeiden und dazu erst dann zu schreiten, wenn sie in gutem Glauben zu der Feststellung gelangt, daß die Währung und das Wirtschaftsgeschehen Deutschlands durch den teilweisen oder vollständigen Transfer des ausstehenden Teils der Annuitäten ernstlich gefährdet werden könnten.

Selbstverständlich verleiht es dabei, daß Deutschland allein berechtigt ist, darüber zu entscheiden, ob zu der Erfüllung eines Moratoriums, so wie sie im Neuen Plan vorgehener ist, Anlaß besteht.

Ueber die Wirkungen einer Erklärung des Transfer- und Zahlungsausschubs wird weiterhin gesagt: „Die Deutsche Regierung kann für den nicht-mobilisierbaren Teil der Annuitäten von dem Recht des Transfer- und Zahlungsausschubs unter den folgenden Bedingungen Gebrauch machen.“

Mit wenigstens 90tägiger Antanzahlung hat die Deutsche Regierung das Recht, für höchstens zwei Jahre vor den jeweiligen fälligkeitsterminen ab den Transfer des als auffchiebbar bezeichneten Teils der Annuitäten ganz oder teilweise aufzuschieben. Der so erklärte Transferaufschub gilt für den bedingten Teil der Annuität erst vom Zeitpunkt an, an dem der Transferaufschub wirksam wird.

Wenn während irgendeines Annuitätenjahres die Deutsche Regierung von der bezeichneten Befugnis Gebrauch macht, können die während des jeweils folgenden nächsten Jahres fällig werdenden Transfers nicht länger als um ein Jahr von den jeweiligen fälligkeitsterminen ab aufgeschoben werden, es sei denn, daß die während des ersten Jahres fällig gewordenen Transfers in voller Höhe ausgeführt worden sind; in letzterem Falle können die während des zweiten Jahres fällig werdenden Transfers um zwei Jahre von den jeweiligen fälligkeitsterminen ab aufgeschoben werden.

Wenn der Transferaufschub wirksam geworden ist, aber erst ein Jahr, nachdem er in Wirksamkeit getreten ist, hat die Deutsche Regierung jederzeit das Recht, die Zahlung von 50 v. H. der Summe für ein Jahr aufzuschieben, deren Transfer gemäß den vorgezeichneten Bedingungen in diesem Zeitpunkt aufgeschoben ist. Dieser Sonderverlag kann auf die Ersetzung des in Kapitel 8 des Plans der Sachverhandlungen von 1929 vorgesehenen beratenden Sonderauschusses erachtet werden.

Auf den täglichen Betrag der Summen, deren Transfer oder Zahlung aufgeschoben ist und die nicht angelegt oder für Sicherstellungen verwertet werden, sind von der Deutschen Regierung halbjährlich Zinsen zum Satz von 1 v. H. jährlich über dem geltenden Reichsbankdiskontsatz von 5 v. H. zu zahlen, welcher Satz der niedrigere ist — oder aber — je nachdem, welcher Satz der niedrigere ist — über dem Satz der Kapitalrente, auf den sie gezahlt werden, zu behandeln, und der Erlös aus den tatsächlich angelegten Teilen des Fonds fließt den Gläubigerregierungen zu.

Nach Ablauf eines Zeitraumes, bezüglich dessen ein vollständiger oder teilweiser Transfer- oder Zahlungsausschub für irgendein Monatsrate erklärt worden ist, ist die Monatsrate oder der Teil der Rate für die der Transfer oder die Zahlung aufgeschoben worden ist, sofort an die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in fremden Währungen zu leisten; ausgenommen davon sind die Beträge, die die Gläubigermächte bereits in einer anderen Form gemäß dem Neuen Plan vorgehener sind.

Falls Deutschland einen Ausschub erklärt, oder wenn sonst zu irgendeiner Zeit die Deutsche Regierung den Regierungen der Gläubigerländer und der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich erklärt, daß sie in gutem Glauben zu dem Schluß gekommen, daß die Währung und das Wirtschaftsgeschehen Deutschlands durch den teilweisen oder vollständigen Transfer des ausstehenden Teils der Annuitäten ernstlich in Gefahr gebracht werden könnten, soll die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich den in Kapitel 8 des Sachverhandlungsplans vom 7. Juni 1929 erwähnten beratenden Sonderauschub einberufen.

Der beratende Sonderauschub soll sobald die Lage unter alten Geschaftsbedingungen unteruchen, wie es im Neuen Plan vorgehener ist, und soll den Gläubigerregierungen und der Bank zur Ermöglichung unterbreiten, welche Maßnahmen nach seiner Ansicht hinsichtlich der Anwendung des Planes ergriffen werden sollten.

Der neue Ansurm gegen Briand.

Die Rechte verlangt seinen Kopf.

Paris, 17. Juni.

In der Mittwoch-Sitzung der französischen Kammer wird die Rechte unter Führung der Gruppe Marin Briand aufs neue angegriffen und der Ministerpräsidenten General Briand in seinem Amt ja insofern eine erhebliche Belastung, als der rechte Flügel der parlamentarischen Mehrheit, auf die sich das Kabinett stützt, in scharfer Gegnerschaft zu der Antimorosität Briands steht und diese Ge-

„Berühme dich, Herr — ich habe es nicht gewußt, aber — geschloß, geschloß.“
„Aber Thea —“
„Was weiter, Schatz? Das ist kein Unrecht, und da Bruchhausens Königreichs Freund ist, so bestrebt das Zulammentreffen doch eigentlich nicht.“
„Erwiderte sie und wollte die Freundin nach der entgegen-

„Füllt mir nicht im Traume ein — mir diejen glücklichen Zufall entgegen zu lassen. Sei doch kein Frosch — komm!“
„Sie zog sie mit sich fort. Die beiden Herren hatten sie bereits erkannt und ließen auf sie zu, schon von weitem die Hände ausstreckend.“
„Gehorsamer Diener, meine Damen. Welch glücklicher Zufall!“
Kammergerichtsprofessor Königinnen und Regierungs-

„Sie waren beide elegant und dornehm gekleidet und von hübschem, einnehmendem Aussehen.“
„So sah sie ihnen wenigstens aus, mozt Bruchhausens ohne Zweifel der Herovorzugende.“
„Von imponierender Gestalt, mit männlich sicherem Auftreten, angenehmen Gesichtszügen, und stets voll ritterlicher Artigkeit gegen Damen, gewann er sich schnell die Herzen. Dabei war er in seinem Fach äußerst tüchtig, und seine Wärme und Entwürfe wurden von der Regierung sehr geschätzt.“

„Auch Königinnen hobt Vorige. Doch er war stiller und im Krügeren unbedeutender.“
„Nach den ersten konventionellen Fragen machte jeder der Herren seiner Dame eine Verbeugung und bat sie, mit ihm zu laufen.“
„Thea sagte strahlend vor Freude zu, und es blieb sie nichts anderes übrig, als ihre Hand in die dargebotene Bruchhausens zu legen und so dem voranlaufenden Paare zu folgen.“

„Ich bin ein sehr angenehmer Mensch, und ich bin sehr glücklich, daß ich die Gelegenheit habe, Sie zu kennen.“
„Ich bin ein sehr angenehmer Mensch, und ich bin sehr glücklich, daß ich die Gelegenheit habe, Sie zu kennen.“
„Ich bin ein sehr angenehmer Mensch, und ich bin sehr glücklich, daß ich die Gelegenheit habe, Sie zu kennen.“

Franklin gegen Briand.

Um die Politik des Außenministers.

Zu Beginn der Kammerberatung gab der Kammerpräsident wie auch der Senatspräsident dem Beileid des Parlaments zu dem Schiffsunglück Ausdruck. Die hierauf vom Ministerpräsidenten vorlesene Botschaft des Präsidenten der Republik wurde von der Kammer mit Beifall aufgenommen.

Auf einmütigen Wunsch der Kammer und der anwesenden Regierungsglieder, darunter des Außenministers Briand, wurde die sofortige Diskussion der Interpellation des Abgeordneten Franklin-Bouillon angeordnet.

Der Interpellant wiederholte seine Beauptung, daß die Kammer durch ihre bisherige Abstimmung wohl für den Ministerpräsidenten Caual, nicht aber für den Außenminister Briand gestimmt habe. Denn nur wenige Abgeordnete seien hinsichtlich der Politik Briands berührt. Die Mehrheit habe sich auch in Versailles gegen diese Politik ausgesprochen. Franklin-Bouillon fragte dann, wie die Finanzminister Briand in Kabinett besetzen könnten und warum Caual nicht längst den Außenminister geworden hätte. Man müsse die Politik, die Briand um sich gefahren habe, freistellen.

Der Redner kam auch auf die Stahlhelmkundgebung zurück, deren Bedeutung Briand zu verkleinern suche, während doch tatsächlich 250 000 aufmarschiert gewesen seien. Er schloß, indem er auch die Anklagefrage berührte und mit den gleichen Argumenten operierte wie in seinen letzten Reden.

Dann sprachen die Abgeordneten Emile Borel und Bonnevay für die Politik Briands. Darauf wurde eine Pause eingelegt.

Vertrauen für Laval.

Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte nahm die Regierung eine Vertrauensagordnung Baretz (Linksrepublikaner) an. Sie lautete:

„Die Kammer bleibt der Friedens- und Sicherheitspolitik, wie sie von der Regierung betrieben wird, treu, hinsichtlich ihrer Erklärungen, drückt ihre aus neue das durch die Abstimmungen vom 8. Mai und 9. Juni um Ausdruck gebrachte Vertrauen an, lehnt jede zufällige Bemerkung ab und geht zur Tagesordnung über.“

Bevor über die Tagesordnung abgestimmt wurde, kam die vom Abgeordneten Franklin-Bouillon als Interpellant geforderte sogenannte einfache Tagesordnung zur Abstimmung, die in der Überlegung zur Tagesordnung ohne Billigung der Regierungserklärung. Gegen die Annahme dieser einfachen Tagesordnung stellte Ministerpräsident Caual die Vertrauensfrage. Sie wurde mit 310 gegen 267 Stimmen abgelehnt.

Die Vertrauensfrage wurde mit 312 gegen 260 Stimmen angenommen.

„Polnische Hilfe“ für Danzig.

Eine Erklärung Strasburgers.

Warschau, 17. Juni.

In Warschau begann eine Sammelwoche für das polnische Schulwesen in Danzig. Aus diesem Anlaß gedreht wurde ein polnisches Filmbild in Danzig. Minister Strasburger der polnischen Presse eine Unterredung, in der er erklärte, daß die polnische Bevölkerung in Danzig größtenteils zu den ärmsten Schichten gehöre und infolgedessen der Hilfe und Fürsorge bedürfte. Wenn ihr die Danziger Behörden diese Fürsorge verweigern, so müsse ihr eine solche vom polnischen Volke zuteil werden. Der Dörfelbund könne die Fürsorge und Hilfe aus Polen nicht erlangen.

Thea und Königinnen waren bereits in aneinander Anherhaltung und kümmerten sich nicht um die beiden ihnen nachfolgenden.

Bruchhausens hatte auch verlost, ein Gespräch mit seiner Dame anzuknüpfen, erhielt aber so kurze, süße Antworten, daß das Blut ihm in den Adern vor Erregung kochte. Aber er war ein feiner Diplomat und nicht gemüht, die ungeliebte Schranke, die sie zwischen ihm und ihm aufrechtzte, zu bemerken. Sein Konversationsakt, seine heitere Lebensauffassung hatten ihm dabei. Er mußte so viel harmlosen Scherz, so viel heitere Bemerkungen zu machen, daß sie ihn füllte Juristensprache nach und nach insoweit und sie frei und offen auf seinen Ton einging. Ja, so davon gesehelt wurde, daß sie es nicht bemerkte, wie Bruchhausens rechts ab schwenkte und sie nun weit entfernt von dem anderen Paare mitten unter ganz Fremden liefen.

„Gut als er in einen der Seitenantäule lenkte, kugte sie und sah sich hübsch nach Thea und Königinnen um. Kirgends eine Spur von ihnen.“
„Wo sind die anderen?“ fragte sie und blieb stehen.
„Dort!“

Bruchhausens wies nach der entgegengesetzten Richtung. „Aber wie war das nur möglich, daß wir sie verlieren konnten?“
„Nun, verlieren werden wir sie nicht,“ lachte er, „weil sie lassen sie ruhig ihrem Schicksal, gnädiges Fräulein.“
„Aber nein, das geht nicht, lassen Sie uns umkehren und sie suchen.“
„Wir werden sie kaum unter der Menschenmenge auffinden.“

„Doch, ich sehe klar.“ — „Kommen Sie.“
„Sie wandte sich, aber Bruchhausens rührte sich nicht von der Stelle.“
„Nun, verlieren werden wir sie nicht,“ lachte er, „weil sie lassen sie ruhig ihrem Schicksal, gnädiges Fräulein.“
„Aber nein, das geht nicht, lassen Sie uns umkehren und sie suchen.“
„Wir werden sie kaum unter der Menschenmenge auffinden.“

„Doch, ich sehe klar.“ — „Kommen Sie.“
„Sie wandte sich, aber Bruchhausens rührte sich nicht von der Stelle.“
„Nun, verlieren werden wir sie nicht,“ lachte er, „weil sie lassen sie ruhig ihrem Schicksal, gnädiges Fräulein.“
„Aber nein, das geht nicht, lassen Sie uns umkehren und sie suchen.“
„Wir werden sie kaum unter der Menschenmenge auffinden.“

„Doch, ich sehe klar.“ — „Kommen Sie.“
„Sie wandte sich, aber Bruchhausens rührte sich nicht von der Stelle.“
„Nun, verlieren werden wir sie nicht,“ lachte er, „weil sie lassen sie ruhig ihrem Schicksal, gnädiges Fräulein.“
„Aber nein, das geht nicht, lassen Sie uns umkehren und sie suchen.“
„Wir werden sie kaum unter der Menschenmenge auffinden.“

„Doch, ich sehe klar.“ — „Kommen Sie.“
„Sie wandte sich, aber Bruchhausens rührte sich nicht von der Stelle.“
„Nun, verlieren werden wir sie nicht,“ lachte er, „weil sie lassen sie ruhig ihrem Schicksal, gnädiges Fräulein.“
„Aber nein, das geht nicht, lassen Sie uns umkehren und sie suchen.“
„Wir werden sie kaum unter der Menschenmenge auffinden.“

„Doch, ich sehe klar.“ — „Kommen Sie.“
„Sie wandte sich, aber Bruchhausens rührte sich nicht von der Stelle.“
„Nun, verlieren werden wir sie nicht,“ lachte er, „weil sie lassen sie ruhig ihrem Schicksal, gnädiges Fräulein.“
„Aber nein, das geht nicht, lassen Sie uns umkehren und sie suchen.“
„Wir werden sie kaum unter der Menschenmenge auffinden.“

(Fortsetzung folgt.)



Zur Höhe Roman von Elisabeth Borchart

1. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Wenn ich eines Tages zweifeln müßte, wenn mein Glaube erschütterter, mein Vertrauen getrübt würde —“
„Lieber, wie kommt es nur darauf?“
„Doch, ich lehne nicht — ich nahm es immer ernst.“
„Du wirst doch nicht so streng sein und glauben, daß es Engel unter den Männern ohne Fehler und Schwächen gibt?“

„Nein, nein, Fehler und Schwächen wird und soll er haben wie jeder andere Mensch und wie auch ich. Die müssen wir gegeneinander tragen und aneinander abgleichen. Nur dürfen niemals seine Ehre und sein Charakter darunter leiden.“

„Gerade hierin läßt dich vor einem zu strengen und harten Urteil. Von unserem Standpunkt, dem Standpunkt des Weibes, erscheint manches anders, als von dem der Männer aus. — Aber, nun laß die dummen Gedanken.“

„Gewisse, wir sind am Ziel Schnell, Setz, die Schlittschuhe an, dann gehen wir zum See.“
„Wie ich mich freue — wie ich mich freue!“

„Kurz Zeit darauf gingen die beiden Freundinnen Hand in Hand, sich langsam wiegend und ganz hingebend dem angenehmen Sport auf der piepelglatten Fläche dahin. Das erste Gespräch von vorhin schien verblasst; nur Lust und Freude strahlte auf den Gesichtern.“

„Plötzlich hielt Thea einen leisen Schrei aus.“
„Sieh nur, sie — hier nach rechts — da kommen sie ja.“
„Wer?“
„Alle beide!“ antwortete Thea orakelsch mit vergnügtem Schmunzeln.

„Jetzt hier Sie einen Laut der Ueberraschung aus, und ihr Gesicht färbte sich einen Schein dunkler.“
„Thea — du hast doch nicht etwa — gewußt — gewußt?“
„Thea — du hast doch nicht etwa — gewußt — gewußt?“

Diese Tatsache, daß Minister Straßburger offen und gewissermaßen amtlich die polnische Bevölkerung in Danzig der Fürsorge und Hilfe Polens anvertraut, ist besonders für die deutsche Minderheit in Polen wertvoll, zumal ihr jede Hilfe aus dem Mutterlande und jede engere Beziehung mit demselben von vornherein als Hochverrat ausgelegt wird.

Endlich ein Anfang.

Offenlegung der amerikanischen Rüstungsziffern.
New York, 16. Juni
Einer Aufforderung des amtierenden Generalsekretärs des Völkerbundes General Folger leitend, hat Staatssekretär Stimson dem General Sekretariat eine Note übermittelt, mit einer genauen Aufstellung sämtlicher Land-, See- und Luftstreitkräfte der USA einschließlich der entsprechenden Haushaltssummen. Ueber das Erreichen des Völkerbundes hinausgehend, hat das Staatsdepartement den Text des Dokumentes sofort veröffentlicht und gleichzeitig das General Sekretariat aufgefordert, für umgehende vollständige Bekanntgabe der amerikanischen Rüstungsziffern Sorge zu tragen.

Von größter Bedeutung ist ferner, daß Stimson genaue Angaben hinsichtlich der Stärke der amerikanischen Heeresreserven macht, was eine glatte Zurückweisung der französischen These bedeutet und was in heftigen politischen Kreisen vielfach als ein Beweis Stimmons' gewertet wird, das Problem der Heeresreserven erneut zur Sprache zu bringen.

Das Tabellenmaterial weist folgende Effektivstärken auf: Landheer 139 957 Mann, Marine 109 886. Die Gesamtstärke der Kriegsmarine beträgt 1 251 840 Tonnen einschließlich einiger im Bau befindlicher und vieler überalterter Einheiten. Die Luftstreitkräfte bestehen aus 966 Land-, 787 Wasserflugzeugen, drei Heeres- und zwei Marineflugzeugen. Die Haushaltssummen betragen: für die Landstreitkräfte 850 457 341, für die Marine 375 291 888, für die Luftstreitkräfte 110 070 814 und für die Pensionen 24 005 036 Dollar.

Aus der Heimat und dem Reich.

Remberg, den 17. Juni 1931
* Schon die Getreidefelder! Weizen, Roggen, Gerste. Jafer haben im Juni Hochseitsmonat. Gar mancher Schaden wird nun von unverständigen Menschen angerichtet, die wegen ein paar Kornblumen, Kornraden, Ritterspornen oder Wohlblühen wahre Verwüstungen in den Feldern anstellen. In breiten Bahnen werden die Halme niedergedrückt. Aber auch das Wiesenplücken am Rande ist gefährlich, da meist mit der jähen Kornblume ein paar Gerstehalme mit herausgezogen werden, die dann verdorren. Der Schaden, der durch solchen Felderweh alljährlich verursacht wird, übersteigt je nach Größe der Gerste in Dutzenden oder verdrängt unsere Volkswirtschaft nicht Verluste, die durch den Weichstirn kleiner - großer Kinder verursacht werden. Deshalb schon die Getreidefelder!

* **Bekämpfung von Raubfunktionshören.** Da die Störungen durch Helpparate in unserer Stadt sehr stark auftreten, man es unbedingt notwendig, dieselben mit untern zur Beseitigung heftigen Mitteln zu bekämpfen. Der hiesigen Funkhilfe unter Leitung des Obmanns, was es möglich, den Hauptfunktionshörer der Mitter, Herrn Jung, Hirtling, einige Tage nach hier kommen zu lassen, damit Störungseinstellungen und Beseitigungen vorgenommen werden konnten. Es sei hierbei besonders bemerkt, daß die Mit-Zeilnehmer sich bei Wiederholung von fochgeleiteten und starken Störungen, direkt an die Mitteldeutsche Rundfunkgesellschaft (Mitter) nach Leipzig wenden können.

* **Warnung vor gesundheitsgefährlichen spanischem Feuerwerk.** Es ist wiederholt beobachtet worden, daß spanisches Feuerwerk (Wadaupläschen, Leuzelstracher) dergl. in der Zündmaße geben Phosphor enthält. Bei einem 10jährigen Knaben, der 2 Radaupläschen zum Lachen in den Mund genommen und dann verzehrt hatte, traten Ubelkeit, Erbrechen und schließlich der Tod ein. Selber Phosphor ist ein starkes Gift. Es wird daher dringend davor gewarnt, derartiges Feuerwerk Kindern zugänglich zu machen.

Ep An die Eltern der Konfirmanden. Der Goang, Elternbund für die Broving Sachen schreibt uns: Eltern, die ihr Kind zur Konfi mandensuchen schicken, müssen dafür sorgen, daß das Kind den Verpflichtungen dieses Unterrichts pünktlich nachkommt. Es sollte eine Selbstverständlichkeit des Konfirmandenbesuches sein, daß die Arbeit des Pfarrers sinnvoll unterstützt wird. Es ist nicht tragbar, wenn das Kind im Konfirmandenunterricht das heilige Wort Gottes hört und dabei unheilige Worte des Spotts oder der Gleichgültigkeit der Religion gegenüber vernimmt. Das Elternhaus muß sich dessen bewußt werden, daß es hier vor eine große Aufgabe gestellt ist, nämlich dafür zu sorgen, daß die innere Entwidlung des Konfirmanden-Kindes durch das Streben des Elternhauses gefördert wird. Eltern, heilt aufbauen; wehrt dem Niederreißen in der Kindesseele, das durch unzureichende Zeit geht!

* **Krafffahrer nehm Rücksicht in den Kurorten!** Wichtige Verkehrswege führen an einer ganzen Reihe bekannter deutscher Bäder und Kurorte vorbei oder durch diese Orte hindurch, und hier ist es oberste Pflicht des Autos- und Motorradfahrers, auf seine lebenden Mitmenschen größte Rücksicht zu nehmen und daran zu denken, daß jeder Mann dem Kranken und Erholungsbedürftigen Quoten bereitet, die zu vermeiden sehr leicht möglich ist. Es sei deshalb an alle Krafffahrer und Motorporlier die bringende Bitte gerichtet, mit größter Vorsicht die Straßen in den Kur- und Bädern zu benutzen, jede unzulässige Gefährdung ist zu vermeiden, ebenso jeder unnötige Lärm. Es schadet keineswegs das sportliche Vorleben des Motorporlierers, wenn er mit größter Gefährdung und unter donnernden Explosionen durch die Kurorte rast, man wird in ihm doch nur einen rücksichtslosen Sportflegel sehen. Auch jedes unnötige Hupen ist zu vermeiden.

* **Die „Kahenagen“ an Kraft- und Fahrrädern.** Durch die Reihenfolgeordnung vom 27. 4. 1929 für das gesamte Reichsgebiet gefasste einheitliche Rechtslage zwingt nach einer Mitteilung des Reichsverkehrsministers dazu, die bisher ungenutzten, mit dem alten preussischen Vorschriften (P. f. R. Nr. 1-113) versehenen Rückfahler an Kraft- und Kleinfahrern sowie an Fahrrädern

mit Wirkung vom 1. Oktober 1931 an für ungültig zu erklären. Daher hat der Minister des Innern durch Rund-erlass vom 30. Mai 1931 die nachgedruckten Behörden darauf hingewiesen, daß vom 1. Oktober 1931 an nur noch solche Rückfahler der erwähnten Art anerkannt werden können, die mit der in der Reichsperordnung vom 27. 4. 1929 vorgesehenen Bezeichnung „B. (M.)“ versehen sind. Alle anders bezeichneten hinteren Rückfahler sind ungültig und müssen deshalb bis zum 1. Oktober 1931 aus dem Verkehr gezogen sein.

— **Warnung vor dem Genuß von ungewaschenem Obst.** Infolge des Genußes von amerikanischen Äpfeln ist eine Familie an Vergiftungserscheinungen (Erbrechen) erkrankt. Die Untersuchung der Äpfel hat ergeben, daß auf der Apfelschale Spuren von Arsen nachgewiesen werden konnten. Dies führt daher, daß die Obstschalen gegen Obstschädlinge mit einer arsenhaltigen Masse beschichtet werden und daß geringe Mengen dieses Arsens auf den Äpfeln haften bleiben. Es ist daher dringend anzuraten, frisches Obst - sofern es in ungeklärtem Zustand genossen wird - vor dem Gebrauch gründlich zu waschen.

Brechli, 15. Juni. Gestern Vormittag überläßt Czeglény v. Ingersleben beim Eintritt in das Wohnzimmer, von welchem er einige Zeit abwesend war, einen ungefähr 28jährigen, gut angezogenen Menschen bei Durchwühlung seines Schreibtisches. Der junge Mann ergriff die Flucht auf einem Fahrrad, welches er draußen an der Tür stehen hatte und fuhr in Richtung Eisenmoorbad davon. Dem Vernehmen nach wurde nichts gefolgt. Bei der heutigen Zeit ist es notwendig, auch während ganz kurzer Abwesenheit die Türen zuzuschließen.

Schwemfal, 15. Juni. Auf dem Wege zur Feldarbeit verunglückt. Der 50jährige Einwohner Schmidt, der sich gestern vormittag mit dem Fahrrad zum Grasmähen aufs Feld begeben wollte, stürzte so unglücklich einen Straßenabhang hinunter, daß er sich einen Unterschenkelbruch zuzog. Er wurde mit dem Krankenauto der Dübener Sanariter-Kolonne dem Bitterfelder Krankenhaus zugeführt.

Notes Haus bei Düben, 15. Juni. (Wieder ein Zusammenstoß) Auf der Dübener Landstraße vor dem Ausgangslokal „Notes Haus“ hat sich am Sonnabendmorgen wiederum ein schwerer Zusammenstoß zwischen einem Motorrad und einem Kraftwagen ereignet. Der Motorradfahrer, Landwirt Bohls aus Grana, und sein mitfahrender 12jähriger Sohn wurden mit erheblichen Verletzungen nach dem Eilenburger Krankenhaus überführt.

Brechli, 16. Juni. Gestern nachmittag kurz nach 2 Uhr wollte sich der 20 Jahre alte Landwirtschafsgeselle Rudolf Vandemann, der bei dem Landwirt Zehle hierorts beschäftigt ist, mit einem Gespann Pferde zur Feldarbeit begeben. Er ritt dabei auf einem der Pferde, nämlich einem dieser und ging durch 2 Stürze vom Pferde herab und erlitt dadurch eine schwere Schenkelverletzung. Der Arzt ordnete die Ueberführung des Verletzten in das Raul-Gerhardt-Stift an, die durch das Wittenberger Sanitätsauto erfolgte.

Berkau. (Das Augenlicht gefährdet.) Der Landwirt Gustav Weiler hierorts hat damit beschäftigt, seine Obstbäume mit einer Insektent verdickenden Flüssigkeit abzuspülen. Dabei verkappte sich die Dose des Schlauchschlauches. Als er die Verstopfung beseitigen wollte, löste sich diese plötzlich, und die ätzende Flüssigkeit traf Weiler in die Augen. Ein sofort hinzugezogener Arzt veranlaßte die schleunigste Ueberführung des Verunglückten in die Augenklinik zu Halle, da befürchtet werden muß, daß Weiler sein Augenlicht verliert. Das Wittenberger Sanitätsauto führte den Transport noch in später Abendstunden aus.

...halb und halb!
— misch doch mal Bohnenkaffee mit Kathreiner!
Das ist gesünder — und nur halb so teuer...

Bad Liebenwerda. An einer Verammlung der Organisation der Bädermeister der östlichen Kreise der Provinz Sachsen hatte kürzlich der Vorsitzende Bäderobermeister Frankel, Herzberg (Elster) scharfe Worte für gegen die Reichsregierung wegen ihrer Verordnungen ausgesprochen. Dabei hatte er behauptet, daß das von der Reichsregierung in Silos eingelagerte Getreide zum großen Teil verrotten sei. 40 000 Zentner seien für die menschliche Ernährung verloren gegangen.

Diese Äußerungen, die mit der ablehnenden Haltung der Bädermeister gegenüber einer Proprietary in Verbindung gebracht wurden, haben dem Reichsverkehrsminister Schiele auf eine an ihn gerichtete Anfrage des Reichstagsabgeordneten Hemmer zu einer Antwort Anlaß gegeben, in der gelogt wird, daß die Angriffe der Bädermeister zu Unrecht erhoben worden sind. Der Minister erklärt, es sei natürlich unausschließlich gewesen, wenn bei dem Feuchtigkeitsgehalt der vorjährigen Roggenkerne einzelne Teile während der Lagerung über die Sommermonate hinweg in ihrer Beschaffenheit gelitten hätten, es sei aber in allen Fällen durch entsprechende Behandlung der Lagerverhältnisse gegeben, den Roggen in brauchbarem Zustand zu erhalten, so daß er zum mindesten für Futterzwecke verwendet und ausnahmslos ohne jeden Verlust abgesetzt werden konnte. Auch in dem von dem Bädermeister erwähnten Falle seien keinerlei Verluste an Roggen oder an darin angelegten Kapitalien entstanden. Im übrigen bemerke die Minister, daß sich seit der Roggenbestimmung des Jahres verlosch habe, Roggen in vermehrtem Umfang der Verwitterung ausgesetzt, daß also auch die Angriffe, die dahin gingen, daß der verrottene Roggen der menschlichen Ernährung verloren gegangen sei, völlig daneben gingen.

Cenauer erweitert die Produktion.
Merseburg. An den Verwaltungsgreiften der J. G. Farbenindustrie schweben Verhandlungen wegen Umstellungen in den Betrieben. Dabei soll in Aussicht genommen sein, neben dem Kallfalter, der bereits jetzt im Leuna-Beckengebiet wird, soll, auch Kallfaltenalpiner und Beuna-Galpeten hier zu produzieren und zu lagern. Die Beitung des Ammoniakwerkes Merseburg soll um die gewerbetreibende Genehmigung bereits nachgeholt haben.

Das Zweifelhafte in der Landwirtschaft.
Magdeburg. Auf dem Rittergut Bismarck 5 m p f e bei Magdeburg wird seit gestern in zwei Schichten gearbeitet. Morgens um 3 Uhr beginnt die erste Schicht und um 12 Uhr ist Feierabend. Dann beginnt die zweite Schicht, die bis 8 Uhr abends dauert. Somit arbeitete man von 5 Uhr morgens bis 18 Uhr. Durch das Zweifelhafte in der Landwirtschaft, das für die Landwirtschaft etwas Neues bedeutet, können natürlich bedeutende mehr Arbeitskräfte beschaffen werden. Für die Landarbeiter bedeutet diese Neuregelung natürlich einen Lohnaufschlag, weil sie sonst zehn Stunden arbeiten.

Aufgeklärter Raubmord.
Stendal. Der Raubmord an dem Händler Schmo o o t von W e r b e n ist völlig aufgeklärt worden. Nach den Ermittlungen des Untersuchungsrichters und der Kriminalpolizei ist nun auch Heinrich S i n d t als Haupttäter der Tat überführt. Er hat ein Geständnis abgelegt.

Kreistagung unter Landjägerbeobachtung.
Wansleben. Auf dem Kreistag des Kreises Wansleben kam es zu Sitzungen und Zwischenfällen, so daß die Landjäger innerhalb und außerhalb des Sitzungssaales eindringen mußten. Schon vor der Eröffnung des Kreistages war das Kreishaus von demonstrierenden Erwerbslosen belagert, die Einlass zur Sitzung verlangten, um ihre Wünsche vorzubringen. Landrat B a u m a n n forderte Landjäger an, die die Straße säuberte und den kommunistischen Kreistagsabgeordneten Bitterlich festnahm. Bei Eröffnung der Sitzung protestierte der kommunistische Kreistagsabgeordnete Heuer in heftigen Reden gegen die Festnahme des Kommunisten Bitterlich, dessen sofortige Freilassung er verlangte und griff weiter das heutige Regierungssystem an. Ihm wurde das Wort entzogen. Da er darauf nicht reagierte, wurde er aus der Sitzung a u s g e w i e s e n. Heuer erklärte, er werde nur der Gewalt weichen. Zwei Landjäger erschienen, entfernten ihn mit Gewalt und nahmen ihn ebenfalls fest. Der Kreistag verabschiedete dann den Etat für 1931 bis 1932, der mit einem Fehlbetrag von 276 000 Mark abschließt. Diesen Fehlbetrag hofft der Kreistag u. a. mit höheren Ueberweisungen aus dem Rotterwerbungsfonds und dem preussischen Hilfsfonds decken zu können. Die Kreisumlage wurde wieder mit 30 Prozent festgelegt. Die Gemeindefinanzverhältnisse hat sich gegenüber dem Vorjahr um nahezu das Sechsfache erhöht und steht mit 14,7 Prozent um mehr als das Doppelte gegenüber dem Reichsdurchschnitt von 6,9 Prozent.

Kürzung der Unterföhrungsfläche.
Dresden. Der Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft Dresden hat die Herabsetzung sämtlicher Unterföhrungsfläche beschlossen. Bezirksoberrat Dr. B r e i t s c h n e i d e r begründete die Kürzung, die mehr als zehn Prozent ausmacht, damit, daß bei Festlegung der diesjährigen Höhe die Ueberhaltungskosten um 12 v. H. gesunken seien. Dieser Bescheid veranlaßte die Kreisverbände zu lebhaftem Protest, den der Amtshauptmannschaft mit vorzeitiger Schließung der öffentlichen Sitzung beantwortete.

Den Geliebten im Auto erschossen.
Die Vergewaltigung einer Tänzerin.
Leipzig. Unter großem Andrang des Publikums begann vor dem Schupburger ein Todschlagprozess gegen ein 28 Jahre altes Mädchen in Halle geboren. Die Angeklagte, o. o. h. Die Frau hatte am Abend des 18. November v. J. auf der Staatsstraße Grimma-Leipzig zwischen Threna und Bieberton ihren Geliebten, den 48 Jahre alten Kaufmann Fröhlich F r a n z h a r d t am Steuer seines Kraftwagens von hinten durch vier Revolverkugeln in den Kopf getötet. Nach der Tat begab sie sich zu Fuß nach Raunhof, fuhr mit der Bahn nach Leipzig und stellte sich noch in der Nacht der Polizei. An der Nacht darauf verurteilte die Frau im Volksgericht durch Verurteilung zu verurteilen. Sie gab an, daß Thranhardt, der sich oft in wirtschaftlichen Schwierigkeiten befand, an sie das Anwesen gestellt habe, ihm Geld zu verschaffen. In seiner Wohnung habe sie vor Geliebten Freunden P a d t i n a z e aufzuführen müssen. Zur Weile habe er sie an-

Die Unterföhrungsfläche des Landwirtschafsgesellschaftsföhrers.
Fast 100 000 Mark hinterzogen.
Greiz. Nachdem die Untersuchung in der Unterföhrungsangelegenheit des Landwirtschafsgesellschaftsföhrers Hermann Differt zu Ende gegangen ist, hat man einen ungefähren Ueberblick über die Höhe der Unterföhrungsfläche. Man rechnet mit etwa 90 bis 100 000 Mark. Doch steht die Summe immer noch nicht fest, da Weiles noch ungeklärt ist und noch ungeklärt bleiben wird. Ob die Darlehensgeber um ihre ganzen Beträge geschädigt bleiben, hängt von der weiteren Entwidlung der Dinge ab und vor allem davon, ob der Landwirtschafsgesellschaftsföhrer, der als Kreislandwirtschafsföhrer der Provinz Sachsen angehört, weiter bestehen kann. Wenn das Fall ist, dann dürften die Darlehensgeber keinen Schaden erleiden.

Die Art und Weise wie Differt gearbeitet hat, ist mehr als raffiniert. Er hat sich zunächst eine weitgehende Generalvollmacht selbst ausgestellt und darauf die Unterföhrung des früheren Landwirtschafsföhrers Staatsrat P o r t geföhrst. Auch auf den Schulbüchern, die er den Darlehensgebern ausstellte, ist veridiebtlich der Name Wort nachgedruckt. Unbegreiflich bleibt, wofür Differt das viele Geld gebracht hat, mit dem es veran hat. Man vermutet, daß Frauen mit im Spiel sind.

Ein Todesopfer des Zugzusammenstoßes bei Lannued.
Der Kaufmann Rudolf Hopp aus R a t e n t r i e d e n, der bei dem Zusammenstoß zwischen einem Schnellzug und der Kallfaltenbahn und dem Güterzug 302 am 11. Juni verunglückte, ist an den Folgen dieses Unfalles im Krankenhaus Kallfalten gestorben. Das Befinden der übrigen Verletzten hat sich durchweg gebessert, einige von ihnen konnten bereits aus dem Krankenhaus entlassen werden. Nur der Zustand des Triebabfuhrers Koppin, der doppelte Arm- und Beinbrüche erlitten hat, ist noch wie vor ernst, doch befindet sich Koppin außer Lebensgefahr.

Selbstmord eines Bedienten.
Der sozialdemokratische Stadtrat Heide aus J i t h o a b e g i n g sich selbst den Erhängen, als er bei der Arbeit der Ehefrau Füllke der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ und der sozialdemokratischen Volksbuchhandlung, der Grund zur Tat ist nicht bekannt.

Wo viel Licht, da ist viel Schatten:

Menchen, die eine hohe gesellschaftliche Stellung einnehmen oder aus irgendwelchen Gründen bekannt und beachtet geworden sind, kennen nicht nur einen Kreis von Menchen, der sie mit Licht und Glorienstrahl umgibt, sondern auch ihre Neider und Haßer. Neider und Haßer mögen das Licht um ihre Gegend nicht, sie versuchen gewissermaßen dunkle Punkte zu finden, die sie dann hundertfältig vergrößern, um den Betreffenden mit recht viel Schatten zu bedecken. Ein altes Sprichwort sagt: „Wo viel Licht ist, da gibt's viel Schatten!“ Hat man diese Tatsache der Natur abgesehen, so paßt sie auch vorzüglich auf unser menschliches Leben und Dasein. Unser Glück leuchtet nicht überall hin. Es gibt Flecken, wo man unter Licht nicht sieht, sondern wo man nur unsere Schatten, gewissermaßen unser finsternen Seiten sieht. Dem größten Manne, und sei er ein Staatsmann von Rang und Format, verliert man etwas anzuhängen. Man sucht nach Dingen, die auf die betreffende Person einen Schatten werfen, nur um sie bloßzustellen und zu diskreditieren. Manchmal fängt es sich, daß Neider und Feinde irgendein Haar in der Suppe ihres Gegners finden, dann wird daraus eine ganz große Affäre gemacht. Man eilt die ganze Welt zum Zeugen für eine kleine Beschöpfung oder Unachtsamkeit an. Jeder trägt kein Scherflein dazu bei, und der arme Betroffene, der gegen noch Objekt zahlloser Ovationen war, der gewissermaßen wie ein Lichtgott über die anderen hinausragte, er hinterläßt nur noch einen Schatten, einen breiten schwarzen Schatten, den man gern meidet. Menchen bestimmen das Ansehen ihrer Mitmenschen, sie regieren Befehl und Mißfallen, rein willkürlich, meistens nie verhandlungsfähig. Aber diese Tatsache hat andererseits auch eine Moral. Nämlich die, daß ein Mensch im öffentlichen Leben, ein Mensch mit repräsentativer Stellung, sich nicht das kleinste zufinden lassen darf. Es fihert immer durch, es wird einmala gebrannt und hinterläßt einen großen dunklen Rand. Dann heißt es: „Wo ein Licht war, ist jetzt großer Schatten!“

Das Reisefoto!

Viele unserer Freunde und Bekannten haben bereits ihren Sommerurlaub angetreten und vergnügen sich draußen irgendwo auf ihrer Sommerreise. Und eines Tages erhält man einen Brief oder eine Ansichtskarte mit den üblichen Grüßen und der Landchaftsbildbeschreibung, die regieren Befehl und Mißfallen, rein willkürlich, meistens nie verhandlungsfähig. Aber diese Tatsache hat andererseits auch eine Moral. Nämlich die, daß ein Mensch im öffentlichen Leben, ein Mensch mit repräsentativer Stellung, sich nicht das kleinste zufinden lassen darf. Es fihert immer durch, es wird einmala gebrannt und hinterläßt einen großen dunklen Rand. Dann heißt es: „Wo ein Licht war, ist jetzt großer Schatten!“

Fliegenfänger

sind vorrätig bei Richard Arnold

zu rauhen ergart, sondern es ist ein eigenes, selbstverfertiges Reisefoto unseres Bekannten. Irgendeine bestimmte Landschaft, die das Auge erfreut, hat er im Bilde festgehalten. Oder vielleicht zeigt das Bild auch unsere Bekannten oder dessen Freunde selbst. Und dann freut man sich plötzlich über sich ein Foto, sieht ostentativ in die lachenden Gesichter braungebrannter Menchen, und wenn man anfangs auch auf die Sommerreisen etwas neidisch war, weil man selbst zu Hause bleiben mußte, dieses Bild fihert uns plötzlich wieder mit allem aus. Es ist erfreulich, daß die Amateurphotographie in Deutschland einen derartigen Umfang angenommen hat, denn es ist fraglos ein schönes und interessanter Sport. Wer schöne Stunden und schöne Gegenden im Bilde festhalten vermag, um diese Bilder später seinem Album einzufügen, für den wird nach vielen, vielen Jahren die Vergangenheit plötzlich wieder zur Gegenwart. Unser Erinnerungsvermögen wird neu belebt, wenn wir unser Photoalbum herausnehmen und darin blättern; es ist gewissermaßen unser Roman, den wir do vor uns sehen. Und das Photographieren ist ja gar nicht so schwierig, ein paarmal die Tabellen studiert, und schon hat man's weg. Schwieriger ist natürlich das richtige Entwickeln und Kopieren. Aber auch diesen Prozeß noch nicht beherrscht, der soll die Arbeit ruhig einem Photoarbeitshändler oder Drogerien überlassen, der macht es wenigstens schnell und richtig. Bei jeder Gelegenheit, bei jeder Veranstaltung, überall begegnet man heute den Photoamateuren mit ihren umgehängten Oberaltären, draußen im Freien sieht man allerorts „Entwickelnde Menchen“, die sich einen Hauptzweck daraus machen, einen schönen, fröhlich verlebten Tag im Bilde festzuhalten. Heute sind die meisten Menschen Photoamateure, und sie sind stolz auf ihre Leistungen, die sie bei jeder Gelegenheit gerne zur Schau stellen. In diesem Sinne Photo-heil!

Die Lage auf dem Bienenstand.

In diesem Jahre war, wie aus Imkertreffen berichtet wird, bisher die Entwicklung der Bienenstöcke zu verzeichnen. Abgesehen von dem ersten Prozeß nach nichten Frühlingstagen, die sehr viel Bienen gekostet und die Wälder erheblich geschwächt haben, war die Durchwinterung sehr gut. Auch die erste Döbstflute ist im allgemeinen zufriedenstellend verlaufen. Das Wetter war sonnig und warm, und die Bienen konnten neben Pollen auch sovie Honig tragen, daß sie zum mindesten davon leben konnten. Dort wo Wäps und Äpfel blühten, zwei Zehlfüchtere deren Anbau leider immer weiter zurückgeht — war teils weise recht guter Ertrag zu verzeichnen. Die Wälder sind gut entwickelt und schwärmen jetzt. Für den Imker ist nur die Zeit gekommen, die Bienen für die Haupttracht vorzubereiten, die mit der Buchweizen- und Lindenflute beginnt. Nicht die Zahl der Wälder ist entscheidend, sondern nur starke Wälder bringen reiche Honigerträge, das sollte jeder Imker bedenken, der auf eine gute Ernte rechnet.

Wirtschaftliches Bauen durch Normung.

Die durch die Baunormung geschaffenen technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten werden bisher bei weitem nicht in dem Maße ausgenutzt, wie es das Volkswohl erfordert. An jahrelanger Gemeinschaftsarbeit der hervorragenden Sachverständigen aller Gebiete sind Mittel und Wege gesucht und gefunden worden, wie durch Vereinheitlichung der Bauelemente und Bauteile, durch Festlegung von Gütevorschriften für Baustoffe und durch Aufstellung einheitlicher technischer Vorschriften für die Berechnung und Ausführung von Bauwerken das wirtschaftliche Bauen in Deutschland gefördert werden kann. Reichs- und Staatsbehörden haben die Einführung dieser Normen unterstützt, und Städte und Gemeinden haben immer wieder auf die wirtschaftlichen Vorteile der Normung hingewiesen; trotz aller dieser Bemühungen fehlt noch weiten Kreisen die Erkenntnis der Vorteile, die für alle Beteiligten durch die Baunormen zu erreichen sind. Einer solchen Hemmung wirtschaftlichen Fortschrittes kann nur durch Gemeinschaftsarbeit aller berufenen Stellen abgeholfen werden; nicht der Wunsch des einzelnen darf maßgebend sein, sondern alle Forderungen müssen berücksichtigt werden, die aus technischer oder wirtschaftlicher Überlegung heraus gestellt werden müssen und die unter Abwägung aller Gesichtspunkte in dem Deutschen Normenausschuß ihren Niederschlag finden.

Schnafenbekämpfung im Sommer.

Mit der wärmeren Jahreszeit rückt auch eine Pflicht besonders der Eigentümer, Mieter oder Pächter von Wäldern, Bodenschäden und Grundschäden, nämlich die der Bekämpfung der Schnafen (Schmatten). Bei der Sommerbekämpfung handelt es sich im Gegensatz zur Winterbekämpfung um einen Kampf gegen die Brut der Wälder, die ausschließlich in festenden Wäldern ansetzt und sich entwickelt. Kleine Feigen, Eimel, Gruben, Tommen, ja schon kleinste herumlagernde Wasserläufige Gesäße wie zum Beispiel Kornerbsenfliegen benützen die Wälderhöhlen zur Ablage ihrer Brut. Folgende Punkte müssen beachtet werden: Ein jeder muß auf seinem Eigentum und Besitz dafür sorgen, daß alle unnützen Wäldern ansetzungen auf geeignete Weise beseitigt werden (Ausgraben, Zuschütten usw.). Wo das nicht möglich ist, müssen die kleineren Wäldern ansetzungen abgedeckt werden, daß den Wäldern die Brutablage verwehrt ist (Regenmilchtrännen geben, indem man die Oberfläche des Wälders mit einer dünnen Leinwand überzieht (geeignete Mittel sind: Nit, Salvolin, Petroleum, Schafwollanran).)

Alle Zeitungen u. Zeitschriften

liefert frei Haus Richard Arnold.

Frisches
Kind-, Kalb-, Hammel- und Schweinefleisch
Leber, frische Flede
empfiehlt Ewald Ballmann
Jeden Mittwoch
Schlachte - Fest
Gehacktes u. frisch Wurst
ab 5 Uhr zum äußersten Tagespreis
Arthur Meinel
Wittenberger Str. 2

Empfehle morgen Donnerstag ab 2 Uhr in feinsten Qualität:
la. Erdbeerforte
Windbeutel mit Schlagsahne
Kirsch- und Stachelbeerkuchen
Plunderhörnchen
Ernst Wend
Bäckerei - Konditorei
Telefon 338

Zwangsversteigerung
Am **Donnerstag, den 18. Juni** um **10 Uhr** in **Altitz** (Guthaus):
1 elektr. Motor PS, 1 Klavier
Die Versteigerung in Altitz findet voraussichtlich bestimmt statt.
Am **15 Uhr** in **Zubatz** (Guthaus):
2 Reinigungsmaschinen für Mähmaschinen, 1 Dieselmotor 12 PS, 1 Handfähe, 1 Kreisfähe, 1 Dickenbohrmaschine, 1 Abriemaschine
Am **16 Uhr** in **Kemberg** (Klauser Dedit):
1 Fotografen-Apparat, 1 Rennsahrad, 1 Grammophon, 1 Kassenwagen, 1 Posten Möbel, Bettmätze
Schutz, Gerichtsvolkshüter fr. V.

Ausgabe von Lebensmittelkarten
für Erwerbslose
erfolgt **Donnerstag, den 18. Juni, vormittags 11 Uhr, im Rathause.**
Kemberg, den 17. Juni 1931.

Der Magistrat.
Die Feilschrift für das deutsche Haus!
Reicher, gediegener Inhalt
Beiträge erster Mitarbeiter
Prachtvolle Bilder
Farbige Kunstblätter
Die billigste der vornehmsten illustrierten Monatshefte
Jedes Heft über 100 Seiten
Preis nur 1,50
Bezug durch Buchhandlung und Verlag
Berlin S.M. 19
Der Vermüller geistigen Mitlebens!

Engl. Fettbällinge
ff. Lachsheringe
Neue Matjes-Heringe
frisch eingetroffen bei
Richard Tempelhof

Eine Wohnung
zu vermieten
Zu erfragen in der Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Geld
1. u. 2. Hypotheken, Darlehen für Private, Beamte und Geschäftstredite durch Fin.-Brop.
Eudner wenden sich unter **W 2** an die Geschäftsstelle d. Ztg. unter Beifügung von Rückporto

Achtung!
Hausfrauen von Kemberg und Umgebung
Donnerstag früh
Der große Schlager
Riesensalatgurken
Neue saure Gurken
5 Stück von 50 Pfennig an
Landtomaten, 2 Pfd 95 Pf.
Schwarze Herz-Kirschen
Bananen ganz billig
Gustav Bernhardt, Eilenburg
Eine 7/8 Morgen große

empfiehlt **Richard Arnold**
Salzylpapier
Glashaut

Krieger- u. Landwehr-Berein
Die Beerdigung unseres verstorbenen Kameraden K. Schröder findet am Freitag nachm. 3 Uhr statt. Stellen zum Legen Geleit 1/3 Uhr Vereinslokal. Teilnahme der Kameraden ist Pflicht.

Wiese
zu verpachten.
A. Quittlich Nachf.
3 Morg. Wiese
(gutes Futter)
verpachtet unter der Hand im ganzen oder geteilt. **Ewald Ballmann**

Stellen-Anzeigen
für den
Personal-Anzeiger des Daheim
werden durch unsere Geschäftsstelle Leipziger Straße 64 ohne Spesenzahlung vermittelt. Das Publikum hat nur nötig, die kleinen Anzeigen bei uns abzugeben und die Gebühren zu entrichten. Die Anzeigenpreise des „Daheim“ sind im Vergleich zur hohen, über ganz Deutschland gehenden Auflage und der zuverlässigen Inseratwirkung niedrig; sie betragen gegenwärtig nur 1 M. für die Zeile (= 7 Silben) bei Stellenangeboten und nur 75 Pf. bei Stellengesuchen. Wir empfehlen die Anzeigen frühzeitig aufzugeben.

Abfahrt nach Dessau Sonntag, den 21. Juni, früh punkt 1/7 Uhr von Kam. Zerner. Teilnehmer haben sich pünktlich einzufinden, da nicht erwartet werden kann.
Der Vorstand

Bergwandpapier
zur Einmachzeit erhältlich bei
Richard Arnold, Kemberg
Die Beleidigung, die ich gegen Frau Minna Richter ausgesprochen habe, nehme ich zurück
A. Pösch

empfiehlt **Richard Arnold**
Kemberger Zeitung

„Goldene Weintraube“
Sonntag, den 21. Juni
große Ballmusik

Am 16. Juni, nachmittags 4 Uhr verschied nach langem, schweren, in Geduld ertragenen Leiden mein lieber Mann, unser treusorgender Vater, Schwieger- und Großvater
der Ober-Postschaffner i. R.
Karl Schröder
im 66. Lebensjahre.
In tiefem Schmerz
Die trauernde Gattin nebst Sohn, Schwiegertochter u. Enkelkinder
Kemberg, den 17. Juni 1931
Die Beerdigung findet Freitag nachmittags 3 Uhr vom Trauerhause aus statt

Kemberger Zeitung

normals General-Anzeiger für Remberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages, / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Militärische Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Remberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Am Falle höherer Gewalt Betriebsführung Streich ulp erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbpaltene Petiselle oder deren Raum 15 Pfg., die halbpaltene Reklamzeile 40 Pfg., Ausnahmestücke 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unbedingt gesicherter oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagensgebühren: 10.— M., das Ausland, zusätzlich Postgebühren. / Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Remberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 71

Donnerstag, den 18. Juni 1931

33. Jahrg.

Zuchtbullen-Verkauf.

Donnerstag, den 18. Juni, um 20 $\frac{1}{2}$ Uhr, soll im Ratshaus ein etwa 15 Ztr. schwerer Zuchtbulle meistbietend verkauft werden.

Vorherige Besichtigung bei Herrn Landwirt Louis Albrecht (Wittenberger Neumarkt 15a) ist gestattet.

Remberg, den 17. Juni 1931.

Der Magistrat.

Schicksalstage.

Die teuerste Krise.

Die Notverordnung vom 5. Juni enthält eine Reihe von schweren Fehlern und von großen Härten. Die Fehler werden noch nicht überall erkannt. Auch innerhalb der Reichsregierung ist man sich ansehend darüber noch nicht einig. Die Härten aber erkennt man auch innerhalb der Reichsregierung und das, was die Reichsregierung dafür vordringen kann, ist leider sehr beschränkt.

Es kam darauf an, durch diese Notverordnung einen finanziellen Effekt zu erzielen, der den Arbeitslosen Hilfe brachte und den Haushalt zum Ausgleich. Es kam weiter darauf an, sich vom finanziellen Druck in einer Weise zu befreien, daß der Weg frei würde für Entscheidungen in der Reparationspolitik. Was man auch immer gegen die Notverordnung sagen kann — und man kann sehr viel dagegen sagen — diesen Grundgedanken der Notverordnung, den wird und muß man gelten lassen.

Wird zu überlegen, ob die Regierung es dabei tatsächlich erklunden hat, sich in jedem Augenblick die Bewusstheit zu sichern, die auch eine Regierung braucht, wenn das Parlament oder die Parteien, die die Regierung stützen, angesichts der Notlage auf parlamentarische Behandlung verzichtet haben.

Es ist verhandelt worden über die Einberufung des Parlaments, des Reichstagesplenums oder des Haushaltsausschusses, und es ist weiter verhandelt worden über gewisse Veränderungen der Notverordnung. Solche Änderungen sind notwendig, und sie sind auch möglich. Das hat wohl auch der Reichstagler eingesehen, als er erklärte, daß er zu gewissen Änderungen bereit sei.

Der Reichstagler und mit ihm das Reichskabinett haben weiterhin einstimmig beschlossen, die Gesamtdemission zu geben für den Fall, daß die Reichstageinberufung oder die Einberufung des Haushaltsausschusses verlangt würde. Dieser Entschluß hängt im wesentlichen mit unserer kreditpolitischen Situation zusammen, denn es läßt sich nicht überlegen, welche Folgen entstehen, wenn jetzt die Notverordnung Gegenstand parlamentarischer Behandlung wird.

In den Verhandlungen, die in der Reichstagskammer stattgefunden haben, hat der Reichstagspräsident außer ein Bild der Devisenlage gegeben. Die Lage ist zweifellos sehr ernst, das weiß auch der, der diesen Verhandlungen nicht beigewohnt hat. Die Devisenabfälle sind sehr groß gewesen, die Folge war die Disinflation, und jetzt kommt alles darauf an, diesen Devisenstrom zum Stillstand zu bringen. Es ist zu hoffen, daß das gelingen wird, wenn, wie gesagt, nicht übertriebene Schritte gefaßt werden, die die kreditpolitische Lage und die politische Lage des Reiches überhaupt in Verwirrung bringen. Der Reichsfinanzminister braucht für den Juni-Ultimo einen Leberbrühtkredit. Dieser Kredit wird in Ordnung gehen, wenn die Beruhigung auf dem Geldmarkt eintritt und anhält.

Ein Wort muß aber in diesem Zusammenhang das, gelagt werden: die deutsche Währung ist absolut sicher und wird — komme was da kommen mag — gehalten und gehalten werden müssen. Der Zwang, die Währung zu halten, kann natürlich gewisse Kredit-Restriktionen zur Folge haben und solche Kredit-Restriktionen werden ihrerseits wieder, darüber muß man sich ganz klar sein, nicht ohne Folgen bleiben für die Arbeitslosigkeit, Schwierigkeiten an allen Enden und Ecken!

Diese Junitage haben eine schnelle und schwere Krise gebracht. Jetzt gilt es, nicht die Nerven zu verlieren, Ruhe zu bewahren und unabhängig von Prellge-Gehtspunkten und kleinen längst überholten parteipolitischen Aufstellungen allein die Entscheidungen zu treffen, die staatspolitisch notwendig sind. Diese Krise hat uns Geld genug gekostet. Sie ist die teuerste Krise gewesen, die wir je gehabt haben. Alle haben zu tun, um den Scherbenberg wegzuräumen und den Weg frei zu machen zu neuer, aufbauender Arbeit.

Reichstageinberufung abgelehnt.

Entscheidung betr. Haushaltsausschuß verlag.

Berlin, 17. Juni

In der Sitzung des Reichstagsplenums des Reichstages ist wider Erwarten schnell die Entscheidung über die Einberufung des Reichstages gefallen. In der Abstimmung stellte Präsident Coche fest, daß sich nur die Nationalsozialisten mit 107, die Reichsminister mit 47, die Kommunisten mit 77, die Wirtschaftspartei mit 22 und die Landvolkpartei mit 18 Stimmen für die Einberufung aussprachen.

haben, das sind zusammen 265 Stimmen, während zur Einberufung des Reichstages 289 Stimmen erforderlich gewesen wären. Alle anderen Parteien haben sich gegen die Einberufung ausgesprochen, so auch die Deutsche Volkspartei.

Die Entscheidung über die Einberufung des Haushaltsausschusses fiel am Nachmittag um 18 Uhr. Die Deutschnationalen gaben dazu die Erklärung ab, daß sie an solchen Verhandlungen im Haushaltsausschuß kein Interesse hätten. Der Vertreter der Wirtschaftspartei vertrat die Auffassung, daß man im Haushaltsausschuß kein Interesse hätte, daß man als vordringlich bezeichnete Ziel einer unverzüglichen Aufstellung der Reparationsfrage doch nicht erreichen könnte und daß deshalb keine Fraktion auf die Einberufung des Ausschusses keinen Wert lege.

Im Auftrage der Reichsregierung hatte Staatssekretär Pänder einen Appell an die Parteien gerichtet und erklärt, daß die Reichsregierung jede Einberufung des Reichstages wie auch des Haushaltsausschusses mit ihrem sofortigen Rücktritt beantworten würde.

Die Deutsche Volkspartei veröffentlicht zur Erläuterung ihrer Abstimmung gegen die Einberufung des Reichstages eine längere Erklärung, in der sie sich hauptsächlich darauf bezieht, daß auf Grund ihrer letzten Beschlüsse zwischen dem Reichstagler und dem Fraktionsvorsitzenden Dingen eingehende Verhandlungen über die in der nächsten Zeit auf „tribunpolitischen“ und innenpolitischen Gebieten der Reichsregierung zu ergreifenden Maßnahmen stattgefunden haben, die zu einem vollen Einvernehmen führten. Sie gibt der Hoffnung Ausdruck, daß durch die weitere Fühlungnahme eines Vorbegehens mit dem Reichstagler Gewähr für eine abschließende Durchführung dieser Maßnahmen gegeben sei.

Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, befindet sich unter den höchsten Zuhörern, die die Deutsche Volkspartei von der Regierung erhalten zu haben glaubt, u. a. die einer Coedierung des Copularisirens zugunsten der Unternehmerrchaft.

Keine Einberufung des Haushaltsausschusses

Die Sozialdemokratische Fraktionsführung war gegen 5 $\frac{1}{2}$ Uhr für kurze Zeit unterbrochen worden, um noch einige Rückfragen bei der Regierung vorzunehmen. Nach Beendigung, die zwischen dem Reichstagler und den sozialdemokratischen Führern stattfanden, ist mit einer Einberufung des Haushaltsausschusses durch den Reichstagspräsidenten nicht mehr zu rechnen.

Die Rechte für Einberufung.

Beschlüsse der deutschnationalen Parteikonferenz.

Die deutschnationalen Fraktionen des Reichstags und Landtags und die Vorstehenden der Landesverbände der Deutschnationalen Volkspartei traten am Montag zu einer Besprechung der politischen Lage zusammen.

Das Ergebnis der Besprechung fand seinen Niederschlag in einer Entscheidung, in der die Einberufung des Reichstags und die Aufhebung der beiden Notverordnungen vom 28. März und vom 5. Juni 1931 gefordert wird.



Der Bericht der Sozialdemokraten.

Mitteilung der Notverordnung.

Den Antrag auf Einberufung des Haushaltsausschusses zur Beratung über die Notverordnung haben die Sozialdemokraten nicht eingebracht, nachdem sie vom Reichstagler die Zusage erhalten hatten, daß sich im August die Reichsregierung und die Parteien zu gemeinsamer Verhandlung einfinden werden, um die Härten der Notverordnung zu mildern. Schon jetzt wird die Regierung durch die Ausführungsbestimmungen eine Milderung herbeiführen. Es wird ein Weg gesucht, den jugendlichen Erbarmen — um diese handelt es sich besonders — im Falle der Bedürftigkeit zu helfen.

Inzwischen wird die Reichsregierung die Vorbereitungen für die Aufstellung der Reparationsfrage treffen, und schon Ende nächsten Monats wird klarheit über den Schritt der Reichsregierung in dieser Richtung herrschen.

Polen und Stahlhelm.

Die deutsche Antwortnote überreicht.

Berlin, 16. Juni.

Die deutsche Antwortnote auf die polnische Befehrsverweigerung wegen der Stahlhelmlagerung in Breslau ist der polnische Botschaft in Berlin überreicht worden.

Sie weist darauf hin, daß der Stahlhelm eine private Vereinigung ehemaliger Frontsoldaten sei, die keinerlei amtlichen Charakter trage. Die deutsche Regierung sei dabei der Ansicht, daß keine fremde Regierung berechtigt sei, die Reichsregierung aufzufordern, ihren Einfluß in dem gemischten Sinne geltend zu machen. In diesem Zusammenhang wird übrigens von zukünftiger Stelle ausdrücklich auch auf die vor einiger Zeit stattgefundene dritte Kundgebung des „Auffrischungsverbandes im vormaligen Wehr- und deutschen Grenz hingewiesen. Es wird betont, daß solche Veranstaltungen nur geeignet sein könnten, die Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu fördern.

Regierungskrise in Oldenburg.

Militärwesen gegen die oldenburgische Regierung.

Oldenburg, 17. Juni.

Der von den Nationalsozialisten gegen das Kabinett Csehoboh eingebrachte Militärantrag wurde am Dienstag vom Landtag mit 24 gegen 4 Stimmen bei 20 Enthaltungen angenommen. Dafür stimmten neben den Antragstellern die Deutschnationale Volkspartei und die Kommunisten, dagegen die Staatspartei, die Deutsche Volkspartei und die Landvolkpartei. Der Stimme enthielten sich Zentrum und Sozialdemokratie.

Der Ministerpräsident erklärte, die Regierung trete zurück und erwarte, daß der Landtag sich eine beschleunigte Neubildung des Kabinetts anlegen sei lasse. Es ist anzunehmen, daß die Reichsparteien verdrängt werden, eine Neu- bzw. Umbildung des Kabinetts herbeizuführen. Ob sich dabei eine Erweiterung nach rechts ergeben wird, ist noch sehr fraglich, da die SPD, das Zentrum und die Kommunisten sowie die Staatspartei über insgesamt 24 Stimmen von 48 verfügen.

... auch in Oesterreich.

Rücktritt des österreichischen Innenministers.

Wien, 17. Juni

Der Vertreter des österreichischen Landvolkes in der Regierung, Innenminister Winkler, hat seinen Rücktritt erklärt. Der Rücktritt wird damit begründet, daß seine Partei nicht die Verantwortung dafür übernehmen könne, daß die Regierung weitere Hoffnungen für die Kreditanleihe eingehe, wovon die nächste 80 Millionen Dollar betragen müßte. Im Zusammenhang damit erwartet man noch im Laufe des Tages auch den Rücktritt der Gesamtregierung.

Wie verlautet, ist die Haftpflichtklärung, die die Ursache für den Rücktritt des Ministers gewesen ist, von der Regierung bereits in der Nacht zum Dienstag unterzeichnet worden. Die neuübernommene Haftpflichtklärung soll sich nach anderen Mitteilungen auf 500 Millionen österreichische Schillinge belaufen. Winkler hatte im Ministerrat gegen die Übernahmehaft der Haftung Einpruch erhoben. Es ist jedoch durch die Regierung des Gesetzes die formale Wiederkunft gegeben, die Haftung zu übernehmen, da zur Übernahmehaftung der Finanzminister allein ermächtigt wurde.

Unter Vorbehalt des Bundeskanzlers Dr. Ender hat der Ministerrat nach kurzer Beratung den Rücktritt der Regierung beschlossen.

Ein Geschenk des Reichspräsidenten.

Das Denkmäl des ungarischen Hindenburg-Regiments.

Budapest, 17. Juni

In Stuhlweissenburg fand die Entfaltung eines Denkmals statt, das den gefallenen Helden des ehemaligen I. u. I. Infanterie-Regiments Nr. 68 vom Generalfeldmarschall von Hindenburg gewidmet wurde. Der Feiertag wurde ein nach Tausenden zählendes Publikum bei, darunter Vertreter